

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein  
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Herrn  
Dr. Ralf Stegner, MdL  
SPD-Fraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121  
24171 Kiel

30. Juni 2020

**Ihr Abgeordnetenbrief vom 23. Juni 2020 zu den Umständen des Rücktritts des ehemaligen Innenministers Hans-Joachim Grote**

Sehr geehrter Herr Dr. Stegner,

zu den Umständen des Rücktritts des ehemaligen Innenministers Hans-Joachim Grote habe ich gegenüber den Mitgliedern des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags in dessen 81. Sitzung am 29. April 2020 in öffentlicher wie in nichtöffentlicher Sitzung umfassend Stellung genommen und den Abgeordneten Ihrer Fraktion Rede und Antwort gestanden. In Verbindung mit den am 9. Juni 2020 vorgelegten Akten der Landesregierung sind die Vorgänge damit umfassend, transparent und nachvollziehbar dargelegt worden. Die von Ihnen und Ihrer Fraktion behaupteten „Widersprüche, Ungereimtheiten und Unklarheiten“ wie auch der nun präsentierte Fragenkatalog sind für mich daher nicht einmal im Ansatz nachvollziehbar. Die Fragen beantworten sich ganz überwiegend bereits durch einen Blick in die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 29. April 2020 und in die vorgelegten Akten.

1. Was war Anlass und Inhalt des Gespräches zwischen Ihnen und der damaligen Justizministerin am 08.04.2020 von 10.30 bis 12.00 Uhr?

Anlass und Inhalt des Gesprächs am 8. April 2020 war die Klärung der Frage, in welchem Umfang ich Herrn Grote mit Inhalten aus dem mir am 11. März 2020 zugegangenen Bestra-Bericht vom 5. März 2020 konfrontieren durfte. Der Bericht ist Ihnen als Bestandteil der vorgelegten Akten bekannt.

2. Gibt es über dieses Gespräch ein Protokoll, Aufzeichnungen oder Vermerke?

Nein.

3. Wurden in diesem Gespräch Entscheidungen getroffen oder vorbereitet, wenn ja, welche?

Die Frage ist durch meine Ausführungen, die ich dazu in der 81. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 29. April 2020 gemacht habe, bereits umfassend und vollständig beantwortet worden. Diesen Ausführungen habe ich nichts hinzuzufügen.

4. Wer hat aus welchem Grund noch an diesem Gespräch teilgenommen?

Ich verweise auf die vorgelegten Akten, dort den entsprechenden Terminkalendereintrag meines Vorzimmers, in Verbindung mit Ziffer 8 des Ihnen ebenfalls bekannten Begleitschreibens zur Aktenvorlage vom 9. Juni 2020. Neben der damaligen Justizministerin haben an dem Gespräch teilgenommen der Chef der Staatskanzlei, der Justizstaatssekretär sowie der Regierungssprecher.

5. Warum ging der BeStra-Vermerk vom 05.03.2020, der aufgrund einer Entscheidung der Justizministerin vom 06.04.2020 wegen der besonderen politischen Bedeutung der Angelegenheit i.S. § 3 der Geschäftsordnung der Landesregierung dem Ministerpräsidenten vorgelegt werden sollte, erst am 11.03.2020 in der Staatskanzlei ein?

Diese Frage richtet sich nicht an mich, sondern an das Justizministerium, weshalb ich auf das Antwortschreiben des Justizministers verweise.

6. Gibt es Gesprächsvermerke der LOStA Hess über die Gespräche mit Ihnen am 06.04. und 21.04.2020, die nicht zu den Akten genommen wurden?

Die Frage richtet sich nicht an mich, sondern an die Leitende Oberstaatsanwältin in Kiel, weshalb ich auf das Antwortschreiben des Justizministers verweise. Dasselbe gilt im Übrigen, soweit Ihre Fraktion die identische Frage unter „18.“ ein zweites Mal stellt.

7. Gab es weitere Telefonate, Mails, Chat-Nachrichten oder andere Kommunikation zwischen der LOStA Hess und Justizministerin Sütterlin-Waack oder Ihnen in dieser Angelegenheit, die eine Kommunikation zum Inhalt hatten, die nicht der Anfertigung eines Verfahrensvermerkes bedurft hätte?

Über meine Kommunikation mit der Leitenden Oberstaatsanwältin in Kiel habe ich in der 81. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 29. April 2020 umfassend und vollständig berichtet. Diesen Ausführungen habe ich nichts hinzuzufügen.

Soweit die Frage Ihrer Fraktion auf etwaige weitere Kommunikation zwischen der Leitenden Oberstaatsanwältin in Kiel und der Justizministerin zielt, richtet sie sich nicht an mich, sondern an die Leitende Oberstaatsanwältin in Kiel, weshalb ich auf das Antwortschreiben des Justizministers verweise.

8. Sie erklärten in der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 29.04.2020, Sie hätten die schriftliche Stellungnahme von Innenminister Grote vom 15.04.2020 am 18.04.2020 per Boten an die Justizministerin Sütterlin-Waack gegeben und sich mit ihr, vermutlich am 20.04.2020, darüber beraten. Mit welchem konkreten Auftrag haben Sie die Erklärung von Herrn Grote an die Justizministerin gegeben? Haben Sie darüber mit der Justizministerin weitere Kommunikation gehabt? Wie ist die Justizministerin zu ihrer Auffassung gelangt, dass aufgrund des Inhaltes der persönlichen Erklärung weiterer Gesprächsbedarf besteht? Lag ihr hierzu die Verfahrensakte in der Strafsache Nommensen vor? An welchen Punkten bestand dieser Bedarf konkret?

Sämtliche Umstände der Weitergabe der mir am 17. April übergebenen Erklärung von Herrn Grote an die Justizministerin habe ich in der 81. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 29. April 2020 bereits umfassend geschildert und den dort anwesenden Vertreterinnen und Vertreter Ihrer Fraktion dazu Rede und Antwort gestanden. Diesen Ausführungen gibt es nichts hinzuzufügen.

Soweit nach Kenntnissen und Erkenntnisgrundlagen der Justizministerin gefragt wird, richten sich diese Fragen nicht an mich. Ich verweise auf das Antwortschreiben des Justizministers.

- 8.1 Gab es im Rahmen dieser Überprüfung der persönlichen Erklärung des Innenministers durch die Justizministerin einen Auftrag oder irgendwelche Kommunikation an die bzw. mit der Staatsanwaltschaft Kiel zur Recherche, Überprüfung von Informationen oder Beschaffung von Material?

- 8.2 Wenn ja, von wem wurde ein Auftrag zur Beantwortung welcher Frage erteilt und wann durch wen ausgeführt?

Die Fragen 8.1 und 8.2 richten sich nicht an mich, sondern an die (ehemalige) Justizministerin. Ich verweise auf das Antwortschreiben des Justizministers.

9. Wann und aufgrund welches Umstandes wurde der LOSTA Hess bewusst, dass der erste BeStra-Bericht unvollständig war? Standen dabei Vorwürfe gegen den ehemaligen Innenminister Grote im Raum?

10. Wann, wie und durch wen erfuhr LOStA Hess davon, dass neben den bekannten Chatprotokollen auch Screenshots auf dem Handy von Herrn Nommensen ausgelesen werden konnten? Seit wann lagen die Protokolle der Staatsanwaltschaft zur Auswertung vor? Von wann bis wann dauerte die Auswertung der Chatprotokolle an?
11. Wann erfolgte die Entscheidung der LOStA Hess, die neuen Erkenntnisse in einen BeStra-Bericht aufzunehmen?

Die Fragen 9. bis 11. richten sich nicht an mich, sondern an die Leitende Oberstaatsanwältin in Kiel, weshalb ich auf das Antwortschreiben des Justizministers verweise.

- 11.1 War der LOStA Hess zu diesem Zeitpunkt bekannt, dass hinsichtlich des Bestehens direkter Kommunikation von Herrn Grote bei Ihnen sowie vermutlich auch bei Ministerin Sütterlin-Waack Aufklärungsbedarf bestand? Gab es dazu in irgendeiner Form Kommunikation zwischen LOStA Hess und Vertretern der Landesregierung?

Die Kommunikation zwischen der Leitenden Oberstaatsanwältin in Kiel und mir habe ich in der 81. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 29. April 2020 bereits umfassend geschildert und Ihrer Fraktion dazu Rede und Antwort gestanden. Diesen Ausführungen ist nichts hinzuzufügen.

Soweit die Frage Ihrer Fraktion auf Kenntnisse der Leitenden Oberstaatsanwältin in Kiel zielt, richtet sie sich nicht an mich, sondern an die Leitende Oberstaatsanwältin in Kiel, weshalb ich auf das Antwortschreiben des Justizministers verweise.

12. Trifft Ihre Aussage in der öffentlichen Sitzung des IRA am 29.04.2020 zu, dass Herr Grote den Inhalt des zweiten BeStra-Berichtes vom 21.04.2020 in dem Gespräch mit Ihnen am Morgen des 28.04.2020 nicht bestritten habe?

Ja.

- 12.1 Wie hat sich Herr Grote konkret zu den einzelnen Punkten, insbesondere zu dem Bild eines Polizeiführers, das mit einer Beleidigung versehen war, Ihnen gegenüber geäußert?

Herr Grote hat mir auf seinem Smartphone den Ausschnitt eines Chatverlaufs mit einem Journalisten der Kieler Nachrichten gezeigt, welcher das Bild eines Polizeiführers ohne die Aufschrift „Arschloch“ enthält, die laut Kieler Nachrichten später durch Herrn Modrow hinzugefügt worden ist (Papierausgabe vom 17. Juni 2020, Seite 10: „Grote, Günther und ein Schimpfwort mit A“). Ein entsprechender Screenshot bildet die Anlage 1 zu dem Bestra-

Bericht vom 21. April 2020 und ist zusammen mit dem Bericht in den vorgelegten Akten enthalten.

12.2 Haben Sie dieses Bild Herrn Grote zugeordnet oder sind Sie in dem Gespräch davon ausgegangen, dass Herr Grote Kenntnis von diesem Bild hatte?

Welche Kenntnisse Herr Grote von der mit der Aufschrift „Arschloch“ versehenen Version des Bildes hatte, welche als Anlage 2 dem Bestra-Bericht vom 21. April 2020 beigelegt ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

13. Welchen Zweck hatte das Gespräch zwischen Ihnen und Innenminister Grote am Morgen des 28.04.2020? Wie lange dauerte dieses Gespräch? Ist die Entscheidung zu seiner Ablösung vor Beginn des Gespräches um 8.30 Uhr bereits getroffen worden?

Anlass und Zweck des etwa 45- bis 60-minütigen Gesprächs mit Herrn Grote am 28. April 2020 habe ich in der 81. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 29. April 2020 bereits umfassend geschildert und den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern Ihrer Fraktion dazu Rede und Antwort gestanden. Herr Grote hat mir in dem Gespräch angeboten, zurückzutreten. Dieses Angebot habe ich angenommen.

13.1 Wenn ja, warum wurde diesbezüglich von Ihnen in der Sitzung des IRA am 29.04.2020 ein anderer Eindruck vermittelt?

Siehe meine Antwort zu 13.

14. Wann wurden die ersten Entwürfe zu Presseerklärungen über den Rücktritt, bzw. die Entlassung des Innenministers durch wen gefertigt und wer hat hierzu die Aufträge erteilt und die Inhalte bestimmt? Wer hatte von den Entwürfen jeweils Kenntnis?

Die Antwort ergibt sich unmittelbar aus den vorgelegten Akten: Der Entwurf wurde am Abend des 27. April 2020 durch den Chef der Staatskanzlei gefertigt, auf dessen Veranlassung auch die Bearbeitung durch den Regierungssprecher erfolgte. Der Personenkreis, der von diesen Entwürfen Kenntnis hatte, entspricht dem Empfängerkreis der Emails.

15. Gibt es Entwürfe mit inhaltlich unterschiedlichen Gründen für den Rücktritt, bzw. eine Entlassung des Innenministers? Wenn ja, welche Gründe wurden darin genannt und welche Änderungen wurden bis zur Schlussfassung vorgenommen und warum wurden Gründe in den Schlussfassungen Ihrer Erklärung und des Innenministers nicht übernommen?



Die Gründe habe ich in der veröffentlichten Presseerklärung umfassend dargelegt sowie in der 81. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 29. April 2020 umfassend geschildert. Sämtliche Entwürfe befinden sich in den vorgelegten Akten.

15.1 Wenn ja, wann wurden Sie über Inhalt und Form dieser Entwürfe der Presseklärungen informiert?

Im Anschluss an mein Gespräch mit Herrn Grote am 28. April 2020 haben der Regierungssprecher und Herr Grote einen Text für eine Presseerklärung entworfen, der mir im Anschluss zugeleitet worden ist.

15.2 Wenn ja, wann und durch wen wurde Herr Minister Grote darüber in Kenntnis gesetzt?

Siehe meine Antwort zu 15.1.

15.3 Wenn ja, wurden Minister Garg und Ministerin Heinold von Ihnen in ihrem Gespräch am 28.04.2020 über die unterschiedlichen Gründe für den Rücktritt informiert und gab es darüber eine Diskussion?

Ich habe meine Stellvertreterin und meinen Stellvertreter im Anschluss an das Gespräch mit Herrn Grote umfassend über den Gesprächsverlauf sowie darüber informiert, dass Herr Grote mir gegenüber die Form und den Charakter seiner Kommunikation mit dem Journalisten der Kieler Nachrichten in dem vorangegangenen Gespräch vom 14. April 2020 und in seiner persönlichen Erklärung nicht wahrheitsgemäß dargestellt hat. Eine Aussprache hat stattgefunden.

16. Warum musste der Entwurf der Presseerklärung des MP zum Rücktritt des Innenministers am 28.04 mit der LOStA Hess abgestimmt werden? Worauf bezieht sich die Formulierung „wie abgesprochen“, die der Regierungssprecher Höver in der Mail an LOStA Hess benutzte?

Die Darstellung, wonach der Entwurf der Presseerklärung des MP zum Rücktritt des Innenministers mit der Leitenden Oberstaatsanwältin in Kiel abgestimmt worden sei, ist ebenso frei erfunden wie die angebliche Formulierung „wie abgesprochen“.

Richtig ist, dass der Entwurf durch den Regierungssprecher an die Leitende Oberstaatsanwältin in Kiel übermittelt worden ist mit dem Text: „Wie besprochen“. Der Übermittlung vorangegangen ist ein kurzes Telefonat zwischen dem Regierungssprecher und der Leitenden Oberstaatsanwältin, in welchem dieser um Prüfung gebeten hat, ob durch Formu-

lierungen der Erklärung das laufende Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Kiel gefährdet werden könnte. Die endgültige Fassung der Presseerklärung ist veröffentlicht worden, ohne dass eine Rückmeldung der Leitenden Oberstaatsanwältin vorlag.

17. Was war der Anlass dafür, dass die LOStA Hess über diesen Vorgang gegenüber dem GenStA deutlich später (Ende Mai) noch einmal ausführlich berichtete? Von wem ging die Initiative für diesen Bericht aus?

Diese Frage richtet sich nicht an mich, sondern an die Leitende Oberstaatsanwältin in Kiel, weshalb ich auf die Antwort des Justizministers verweise.

18. Gibt es Gesprächsvermerke der LOStA Hess über die Gespräche mit dem MP am 06.04. und 21.04.2020, die nicht zu den Akten genommen wurden?

Siehe meine Antwort zu 6.

19. Gab es weitere Telefonate, Mails, Chat-Nachrichten oder sonstige Kommunikation zwischen der LOStA Hess und Justizministerin Sütterlin-Waack, Ihnen oder anderen Vertretern der Landesregierung in dieser Angelegenheit, die eine Kommunikation zum Inhalt hatten, die nicht der Anfertigung eines Verfahrensvermerkes bedurfte?

Siehe meine Antwort zu 7.

20. Erfolgte zwischen dem ehemaligen Innenminister Grote und Fachdienststellen bzw. IT-Dienstleistern der Landesregierung nach dessen Rücktritt eine Rücksprache dazu, dass Herr Grote seine dienstlichen Kommunikationsgeräte auf den Werkzustand zurücksetzen sollte?

Diese Frage richtet sich nicht an mich, sondern an das MELUND, weshalb ich auf die Antwort des Digitalisierungsministers verweise.

- 20.1 Wenn ja, aus welchem Grund wurde am 02.06.2020 unter Hinzuziehung von Zeugen versucht, das Dienst I-Pad von Innenminister Grote in Betrieb zu nehmen und die Daten auszulesen und über diesen Vorgang ein Protokoll anzufertigen?

Diese Frage richtet sich nicht an mich, sondern an das Innenministerium, weshalb ich auf die Antwort der Innenministerin verweise.

20.2 Wenn ja, warum wurde dies im Begleitschreiben des CdS zur Übergabe der Akten an den Landtag nicht berichtet, so dass sich der Eindruck aufdrängte, vom ehemaligen Innenminister wären Daten eigeninitiativ gelöscht worden?

Siehe die Antwort des Digitalisierungsministers zu 20.

21. Ist von der Landesregierung versucht worden, Daten, die durch das Auslesen der Dienstgeräte des ehemaligen Innenministers erlangt werden sollten, auf dem Landesserver oder aus Clouds zu rekonstruieren? Warum wurde von Seiten der Landesregierung das Angebot des ehemaligen Innenministers, Einsicht in die Kommunikation auf seinen Geräten zu nehmen, nicht angenommen?

Die Frage nach einer möglichen Rekonstruktion von Daten richtet sich nicht an mich, sondern an das Innenministerium, weshalb ich auf die Antwort der Innenministerin verweise. Von einem Angebot des ehemaligen Innenministers, in die durch Rücksetzung seiner dienstlichen Kommunikationsgeräte auf den Werkszustand gelöschten Daten Einsicht zu nehmen, ist mir nichts bekannt. In seiner am 17. April 2020 übergebenen persönlichen Erklärung hat Herr Grote mir angeboten, „sämtliche Kommunikationsdaten auf all meinen, auch privaten, Mobilgeräten“ durch die Staatsanwaltschaft einsehen zu lassen oder dies alternativ durch einen Mitarbeiter der Staatskanzlei vornehmen zu lassen. Wie ich bereits in der 81. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 29. April 2020 geschildert habe, hat Herr Grote mir in dem Gespräch am 28. April 2020 Teile des auf seinem Mobiltelefon zu diesem Zeitpunkt offenbar noch vollständig vorhandenen Chatverlaufs mit dem Journalisten der Kieler Nachrichten gezeigt, welche als Screenshots dem Bestra-Bericht vom 28. April 2020 beigefügt sind. Ich habe mich anhand seines Geräts davon überzeugen können, dass die Screenshots authentisch sind. Die betreffenden Passagen des Chatverlaufs – deren Inhalt Herr Grote nicht bestritten hat – haben vertraulichen, persönlichen Charakter. Sie gehen über das hinaus, was an Kommunikation zwischen einem Minister und einem Journalisten noch zugänglich ist.

Mit freundlichen Grüßen



Daniel Günther